Verordnung der Bundesversammlung über den Teuerungsausgleich für die Einkommen und Entschädigungen der Ratsmitglieder

Entwurf

vom ...

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf Artikel 14 Absatz 2 des Parlamentsressourcengesetzes
vom 18. März 1988¹
nach Einsicht in den Bericht des Büros des Ständerates vom 18. November 2011²,
und in die Stellungnahme des Bundesrates vom 9. Dezember 2011³
beschliesst:*

I

Einzigter Artikel

Die nachstehend genannten Einkommen und Entschädigungen des Parlamentsressourcengesetzes vom 18. März 1988⁴ (PRG) und der Verordnung vom 18. März 1988⁵ zum Parlamentsressourcengesetz (VPRG) werden wie folgt an die Teuerung angepasst:

- a. Das Jahreseinkommen für die Vorbereitung der Ratsarbeit nach Artikel 2 PRG wird um 1000 Franken erhöht.
- b. Das Taggeld nach Artikel 3 Absatz 1 PRG wird um 15 Franken erhöht.
- c. Die Jahresentschädigung für Personal- und Sachausgaben nach Artikel 3a PRG wird um 1250 Franken erhöht.
- d. Die Mahlzeitenentschädigung nach Artikel 3 Absatz 1 VPRG wird um 5 Franken erhöht.
- e. Die Übernachtungsentschädigung nach Artikel 3 Absatz 1 VPRG wird um 10 Franken erhöht.
- f. Die Mahlzeiten- und Übernachtungsentschädigung im Ausland nach Artikel 3 Absatz 3 VPRG wird um 25 Franken erhöht.
- g. Die Distanzentschädigung nach Artikel 6 Absatz 3 VPRG wird um 1.50 Franken erhöht.

1 SR 171.21

2 BBl 2012 383

3 BBl 2012 393

4 SR 171.21

5 SR 171.211

- h. Die Zulage für das Ratspräsidium nach Artikel 9 Absatz 1 VPRG wird um 4000 Franken erhöht.
- i. Die Zulage für das Vizepräsidium nach Artikel 9 Absatz 1 VPRG wird um 1000 Franken erhöht.

II

Die Koordinationskonferenz bestimmt das Inkrafttreten.